[illegible]. Jahrgang. Nr. 575 — Mittwoch, 7. Dezember 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.30 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.30 RM. einschließlich 56 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Versand. Einzelnummer 10 Pfg., außerhalb Sachsens 15 Pfg. Anzeigenpreise: Die einspaltige 30 mm breite Zeile 35 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. abz. Krisenabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 25 Pfg., außerhalb 35 Pfg. Offertengebühr 30 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1068 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Reichstagsbeginn in Konfliktstimmung

Göring als Präsident wiedergewählt

Die Vizepräsidenten: Esser (Zentr.), Rauch (Bayr. Volksp.), Löbe (SPD.)

Stimmungsbild unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 6. Dez. In einem menschenleeren Raum, im weiten Kreise abgesperrt von einem Kordon Schutzpolizei, wurde am Dienstagnachmittag der zweite Reichstag des Jahres 1932, der siebente nach der Revolution von 1918, eröffnet. Der Sitzungssaal bietet das übliche Bild, überfüllte Tribünen und überfüllte Diplomatenlogen. Jeder fragt sich, ob diesem Reichstag endlich eine längere Lebensdauer beschieden sein wird und im Grunde genommen fühlt sich keiner der Parlamentarier zu Hause im Reichstagsgebäude.

Heilrufe der Nationalsozialisten begrüßen den greisen General von Litzmann, der als Alterspräsident die Sitzung eröffnet. Er beginnt mit einer politischen Rede, was seit dem Auftreten der Kommunistin Klara Zetkin Brauch geworden ist. Diese Rede erhebt die Forderung, Hitler die Macht zu übertragen und atmet eine recht feindselige Haltung gegenüber dem Reichspräsidenten. Abgesehen von kommunistischen Zwischenrufen und nationalsozialistischem Beifall hört sich das Haus diese Rede mit Schweigen an. Beim Namensaufruf der Abgeordneten entwickelt sich um die Freilassung von fünf verhafteten Abgeordneten

sofort eine Geschäftsordnungsdebatte.

Frick beantragt Freilassung seiner beiden Parteigenossen Besser und Grezesch, indem er betont, daß es sich bei ihnen nicht um Vergehen gegen das Leben handelt, ein Hinweis, der vom Abg. Dittmann (Soz.) bestritten wird. Der Kommunist Torgler ist für die Freilassung von drei Parteifreunden, die wegen literarischen Hochverrats hinter Schloß und Riegel sitzen. Für diese drei Kommunisten setzt sich Dittmann ein, während er sich gegen die Freilassung der beiden Nationalsozialisten wendet. Am Einspruch Dittmanns scheitert die sofortige Freilassung der fünf Strafgefangenen. Die Nationalsozialisten revanchieren sich dafür dadurch, daß sie es nicht zur Abstimmung über anderweitige kommunistische Anträge, die insbesondere die Aufhebung der Burgfriedensverordnung und die Aufhebung von Zeitungsverboten zum Ziele haben, kommen lassen.

Auch bei der anschließenden Präsidentenwahl kommt es zu einem Zwischenfall.

Frick schlägt Göring vor, die Deutschnationalen weigern sich, für Göring einzutreten, weil die Nationalsozialisten, wie sie behaupten, keine festen Zusicherungen für ein Eintreten für den deutschnationalen Vizepräsidenten Graef (Thüringen) gegeben haben. Dittmann (Soz.) schlägt Löbe vor, die Kommunisten wollen im ersten Wahlgang für Torgler eintreten, im zweiten jedoch für Löbe stimmen, um Görings Wahl zu verhindern.

Göring wird im ersten Wahlgang trotzdem gewählt, besteigt das Präsidium und wendet sich sofort mit einer politischen Rede an den Reichstag, die für die innerpolitische Lage vielleicht symptomatisch ist. In seinen Ausführungen stellt er sich nämlich schützend vor die Verfassung. Er meint, daß das Parlament zur Zeit die einzige Stelle ist, wo der Wille des deutschen Volkes kundgetan werden könne, polemisiert gegen das Kabinett von Papen, nimmt gegen einen überlebten Parlamentarismus Stellung und

führt den ersten gewissermaßen parteiöffentlichen Angriff gegen den neuen Reichskanzler von Schleicher,

weil dieser nicht nur Kanzler, sondern auch Reichswehrminister und Reichskommissar für Preußen in einer Person sei. Diese Rede ist deshalb wichtig, weil inzwischen in der Wandelhalle bekanntgeworden ist, daß der Reichspräsident dem neuen Reichskanzler die Auflösungsvollmacht bereits zur Verfügung gestellt hat.

Es folgen nun die Wahlen der Vizepräsidenten. Erster wird der Abg. Esser vom Zentrum, zweiter der Bayrische Volksparteiler Rauch, dritter nach langem Hin und Her doch noch Herr Löbe von der SPD. Dazu kam es auf recht außergewöhnliche Weise. Die Nationalsozialisten hatten eigentlich den Volksparteiler Hugo vorgeschlagen. In der Stichwahl erzielte nun Hugo genau soviel Stimmen wie sein Gegenkandidat Löbe. Der Vizepräsident Esser loste die Entscheidung aus, die auf Hugo fiel. Später, nachdem die Reichstagssitzung längst geschlossen war, wurden die Stimmzettel noch einmal geprüft, und es stellte sich dabei heraus, daß Löbe doch eine Stimme mehr als Hugo bekommen hatte.

Infolgedessen sitzt der frühere sozialdemokratische Reichstagspräsident wieder im Präsidium,

und durch die wenig glücklichen Vorgänge des Tages ist der Wunsch aller Rechtskreise, ein marxistenfreies Reichstagspräsidium zustande zu bringen, nicht erfüllt geblieben. Hätte von Anfang an mehr Klarheit und gegenseitiges Vertrauen auf der Rechten geherrscht, dann hätte dieses betrübliche Ergebnis verhindert werden können.

Der eigentliche politische Teil dieser ersten Reichstagssitzung kam erst nach dem Abschluß der Eröffnungsformalien, nämlich bei der Geschäftsordnungsdebatte um die Tagesordnung für den Mittwoch. Die Sozialdemokraten wollten bereits für Mittwoch eine Regierungserklärung erzwingen. Demgegenüber beantragten die Kommunisten ein sofortiges Mißtrauensvotum, Aufhebung der gesamten Notverordnungen, Maßnahmen für die Erwerbslosen, Aufhebung der Sondergerichtsbarkeit und Annahme ihres Amnestiegesetzentwurfes. Aus der längeren Debatte, die sich um diese Fragen ergab, ging dann unzweideutig hervor,

daß die Mehrheit des Hauses mit Mißtrauensvoten sehr vorsichtig sein wird, gab doch Löbe offen zu, daß der Reichstag höchstwahrscheinlich im gleichen Augenblick aufgelöst sein würde, in dem ein Mißtrauensvotum gegen die neue Regierung Annahme fände.

So wurde im Reichstag bereits die Vertagungsmehrheit sichtbar, unter deren Einfluß zumindest der morgige Mittwoch im Parlament stehen wird.

Reichstag und Regierung

Der Reichstag vom 31. Juli war bereits bei seinem Zusammentritt zum Tode verurteilt. Sein Nachfolger vom 6. November unterscheidet sich von ihm dadurch, daß wenigstens eine kleine Hoffnung besteht, daß er zu Leben und praktischer Arbeit kommt. Der Unterschied liegt allerdings nicht im Reichstag selbst, sondern in den Absichten, mit denen ihm das Kabinett Schleicher gegenübertritt. An sich ist das neue Parlament nicht arbeitsfähiger, wie die vergebliche Suche nach einer Mehrheitsbildung in den Wirren der Regierungskrise gezeigt hat. Die politischen Kräfte heben sich durch die Art ihrer Zusammensetzung gegenseitig auf, und die inneren Gegensätze, die der einzig möglichen Koalition vom Zentrum bis zu den Nationalsozialisten den Weg versperren, sind durch die wiederholten Wahlen nicht abgeschliffen, sondern eher noch stärker herausgearbeitet worden. Wenn trotzdem einige Hoffnung bleibt, daß sich Konflikt, Auflösung und Neuwahlen nicht sofort wieder jagen werden, so liegt das daran, daß der neue Kanzler zunächst mit friedlichen Absichten, nicht schon beim Eintritt die rote Mappe schwingend, in den Reichstag kommt.

Ein sonderbarer Tausch der Rollen. Papen, der mit dem aufrichtigen Wunsch nach nationaler Konzentration ans Werk ging, war bis zur Einberufung seines Reichstages schon in eine Lage gekommen, in der er ihn zum Kampf herausfordern mußte, wenn er sich halten wollte. Sein Nachfolger, dem als General der Ruf eines Gewaltpolitikers vorausgehen müßte, winkt mit dem Oelzweig und hat es bisher jedenfalls erreicht, daß er als „Verständigungskanzler" angesehen und besonders in der Mitte und sogar auf der Linken mit Aufatmen begrüßt wurde. Ob er aber diese Linie einhalten kann, ob sie über die innere Befriedung zur echten nationalen Konzentration führt oder ob auch er im weiteren Lauf der Ereignisse gegen seinen Willen andere Wege einschlagen muß, das liegt nicht bei seinem Willen und bei seiner gerühmten Geschicklichkeit allein, sondern auch bei der Einstellung des nun zusammengetretenen Reichstages, der in seinen Entscheidungen wieder der Dynamik der politischen Entwicklung unterliegt.

Man kann also in der gegenwärtigen Lage nicht prophezeien, sondern nur die zum Durchbruch drängenden politischen Tendenzen untersuchen und die sich daraus ergebenden Möglichkeiten aufzeigen. Am klarsten liegt, obwohl noch keine offiziellen Aeußerungen vorliegen, der Plan der neuen Regierung zutage. Schleicher will vor allem Zeit gewinnen. Sein Kabinett ist erst zwei Tage vor der Reichstagseröffnung fertig geworden. Wenn es auch in seiner Zusammensetzung wenig verändert ist, so muß es sich doch nach dem Willen seines Führers auf neue Richtlinien des politischen Denkens und Handelns umstellen. Dafür und für eine neue Fühlungnahme mit den Parteien, die nicht unter dem Druck der Nervosität und des Intrigenspiels einer Regierungskrise steht, verlangt der Kanzler eine kurze Anlaufsfrist über das Jahresende hinweg. Was er vom Reichstage will, ist zunächst kein Vertrauensvotum, sondern nur die Vertagung der politischen Entscheidungen für eine kurze Spanne Zeit, damit er nicht von vornherein in die Bahn eines „Kampfkabinetts" abgedrängt wird, die für die Regierung und die Parteien im Augenblick gleich unangenehm wäre. Wenn der neue Kanzler mit dieser Bitte vor die Volksvertretung tritt, so naht er ihr doch nicht mit leeren Händen, sondern mit Zugeständnissen für jede Parteienrichtung, deren Stimmen zu einer Vertagungsmehrheit notwendig sind. Im einzelnen wird ja erst aus der Regierungserklärung hervorgehen, was das Kabinett von seiner Seite aus dazu beitragen will, um den kämpferischen Parteien eine abwartende Haltung nahezulegen. Aus seiner Entstehungsgeschichte ist aber schon ersichtlich, daß es nicht mit den starken Worten auftreten wird, die schon nach der Programmerklärung Papens den Sturm der Entrüstung auf der Linken entfacht haben. Man wird nichts mehr von der Beseitigung des „Wohlfahrtsstaates" hören und auch keine Flüche gegen die Parteibürokratie. Die Pläne zur durchgreifenden Reform der Verfassung sind ja schon mit der Person des Reichsinnenministers von Gayl aufgegeben. Statt dessen wird die wirtschaftliche Belebung als die Parole der nächsten Zeit in den Vordergrund gestellt. Auch den am meisten umkämpften sozialpolitischen Teil des Papenschen Wirtschaftsprogramms mit den Einstellungsprämien für die Unternehmer scheint Schleicher fallen lassen zu wollen, so daß nach links hin eigentlich nur die Frage Preußen—Reich als Reibungsfläche übrig bleibt. Das sind so starke Abstriche am politischen und wirtschaftlichen Programm Papens, daß die Genugtuung begreiflich erscheint, die wegen dieser Schwenkung im Zentrum und bei den sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften herrscht, mit um so größerer Berechtigung, als die Sozialdemokratische Partei für diese Zugeständnisse keine politische Gegenleistung aufbringen muß, sondern in unbedingter Oppositionsstellung verharren kann. Denn die

Der Verlauf der Reichstagssitzung

Berlin, 6. Dez. Wenige Minuten vor 3 Uhr strömen die Nationalsozialisten, die wieder geschlossen in Parteiuniform auftreten, in den Saal. Die Regierungsbänke bleiben leer, während am Reichsratstisch die Vertreter der Länder, an der Spitze Ministerialdirektor Dr. Badt für die Regierung Braun Platz nehmen.

Punkt 3 Uhr betritt Alterspräsident Litzmann, als einziges Mitglied der nationalsozialistischen Fraktion in Zivil, auf der Brust das Eiserne Kreuz 1. Klasse, den Saal, um die Sitzung zu eröffnen.

Alterspräsident Litzmann stellte zunächst fest, daß er nach der Geschäftsordnung, als der an Jahren älteste Abgeordnete den Vorsitz zu übernehmen hat. Er ist am 22. Januar 1850 geboren und somit 82 Jahre alt. Als Schriftführer beruft der Alterspräsident die Abgg. Kaufmann und Linder (Natsoz.), Laverrenz (DN.) und Schwarz, Frankfurt (Ztr.). Hierauf folgte die

Eröffnungsrede des Generals Litzmann.

Unsere Machthaber, so führt er aus, haben in den letzten 14 Jahren sich reichlich Mühe gegeben, das deutsche Volk an Enttäuschungen zu gewöhnen. (Zwischenrufe der Komm.) Die Enttäuschungen vom 13. August und 25. November schlagen trotzdem schmerzliche Wunden. Das Volk hoffte, daß nach dem jahrelangen, fruchtlosen Experimentieren der Reichspräsident die befreiende Tat eintreten lassen würde, und glaubte, daß er, wie früher, den Führer der stärksten politischen Bewegung mit der Führung der Regierung betrauen würde. Das hätte in diesem Falle den Mann betroffen, der allein fähig ist, das Vaterland zu retten. (Beif. b. d. Natsoz. — Gelächter links und Rufe der Komm.: „Nieder mit Hitler!") Aber statt vor allem zu fragen, wer denn überhaupt imstande sei, die jetzige Lage zu beherrschen (Zurufe [illegible]) hat man sich tagelang über die Begriffe „parlamentarische Regierung", „Präsidialregierung" usw. unterhalten, und hat ein Scheingefecht geführt. Man wollte eben unserem Führer nicht die Macht überlassen, man hat ihm darum unerfüllbare Bedingungen gestellt. (Zurufe b. d. Soz.: Ich denke, er kann alles?!) Derselbe Herr Reichspräsident, der einem Hermann Müller, einem Brüning und einem Franz von Papen sein volles Vertrauen geschenkt hatte (Zuruf b. d. Komm.: Wofür sie den breiten Rücken hinhielten!) versagte sein Vertrauen dem Manne, in dem Millionen Deutscher den Größten und Besten sehen, den Deutschland gegenwärtig besitzt (Stürm. Beif. b. d. Natsoz., Lachen b. d. Soz. und b. d. Komm.), der seit 14 Jahren und länger an dem Problem gearbeitet hat, wie Deutschland zu retten ist. In seinem Brief an den Reichspräsidenten vom 23. November, der an Gradheit, Klarheit, Wärme nicht zu übertreffen ist, hat Adolf Hitler unter dem Einsatz seiner Person sich dem Herrn Reichspräsidenten zur Verfügung gestellt. Dieser hat ihn abgelehnt! (Gelächter und Rufe links: Das glauben wir!)

Das Ergebnis der Papen-Regierung ist innerpolitisch das Chaos, außenpolitisch die Isolierung Deutschlands. Die Not des deutschen Volkes (Zuruf b. d. Soz.: An der Ihr schuld seid!) ist grenzenlos. Im Monat Oktober dieses Jahres haben in Berlin 193 Menschen sich selbst das Leben genommen. (Zurufe b. d. Komm.: Aber keine pensionierten Offiziere!) Täglich bekomme ich erschütternde Briefe von ehemaligen Untergebenen und ihren Hinterbliebenen. So schreibt einer aus Frankfurt a. d. Oder: „Unsere Speise sind Tränen. Wir stehen am Ende unserer Kraft. Wir sind der Verzweiflung nahe und nur der Tod kann uns retten." In einem anderen Brief heißt es: „Ich bitte Sie inständig, Herr General, sorgen Sie dafür, wenn Hitler Reichskanzler wird, daß diese unglückliche Notverordnung des Reichs- [illegible]

(Fortsetzung siehe Seite [illegible])